

NACHLESE GEMEINDEVERTRETUNG 17.5.2022

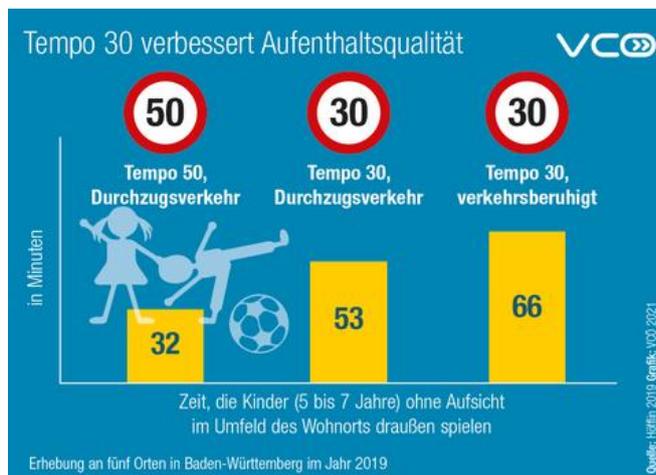


Die vergangene Gemeindevertretungssitzung war mit Sicherheit eine der abwechslungsreichsten und spannendsten in unserer Politik-Laufbahn. Die intensiven Vorbereitungen haben sich sichtlich gelohnt. Wir haben eine starke Oppositionsrolle eingenommen und arbeiten stark an mehr Transparenz und einer Kultur der offenen Zusammenarbeit.

Alte Schule Höchst

Die Sitzung begann mit der Präsentation des Entwurfs für den Umbau der Alten Schule, für welchen mit einer großen Mehrheit ein Grundsatzbeschluss gefasst wurde. Architekt Johannes Tretter von der id-Werkstatt hat seine Überlegungen und Pläne präsentiert. Das Ziel ist es, dass es ab Mitte 2023 wieder ein attraktives gastronomisches Angebot im Zentrum von Höchst geben wird. Als nächster Schritt steht nun die Ausschreibung für eine:n Pächter:in an, welche:r in der Ausgestaltung aktiv mit einbezogen werden soll.

Tempo 30 Höchst



Seit den 80er Jahren gibt es in Höchst immer wieder Diskussionen, auf den Gemeindestraßen Tempo 30 einzuführen. Mit einer starken Mehrheit hat die Gemeindevertretung nun dafür gestimmt und ab Herbst 2022 wird dies nun umgesetzt.

Alexander Kuhn vom Verkehrsplanungsbüro Besch & Partner hat sehr nachvollziehbar die Vorteile vom Tempo 30 präsentiert. Er betont, dass es um ein proaktives Handeln für schwächere Verkehrsteilnehmer:innen geht und um die Steigerung der Lebensqualität. Auch um die

Unfallvermeidung und die Senkung der Tötungsrate genauso, wie um die Reduktion von Lärm. Er betont auch, dass die Straßen in Höchst mit Mehrfachstreifen rechtlich gar nicht für Tempo 40 gestattet sind und dies betrifft fast alle Gemeindestraßen.

Ein weiterer Schritt im Sinne der Verkehrssicherheit, der ausführlich geprüft und diskutiert werden muss, ist der Bereich der Hauptstraße um die Kirche.

Flugfeld Altenrhein

Anschließend waren **Reinhold Eberle** (Bürgermeister Gaissau) und **Walter Grabher** (Land Vorarlberg) eingeladen, um über die Entwicklungen zum Flugfeld Altenrhein zu informieren und Fragen zu beantworten.

Reinhold Eberle berichtete, dass die Gemeinde Gaißau nach Beratungen der Arbeitsgruppe bei der nächsten Gemeindevertretungssitzung eine Empfehlung an die Gemeindevertretung abgeben würde, dass der Staatsvertrag und die angeschlossene Verwaltungsvereinbarung auch zukünftig nicht verhandelbar sein sollen. Nach der Information und Fragebeantwortung von Reinhold Eberle und Walter Grabher gab es in der Gemeindevertretung Höchst einstimmige Annahme zum Antrag, den die Fraktion „Höchste Zeit und die Grünen“ eingebracht hatte:

„Wir ersuchen daher die Gemeindevertretung, folgenden Beharrungsbeschluss der bereits im Jahr 2005 einstimmig verabschiedeten Petition, den Staatsvertrag nicht zu verändern, zu fassen: „Weil wir überzeugt sind, dass die Nachteile für die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Höchst und die Lebens- und Erholungsräume im Rheindelta und in den Nachbargemeinden Lustenau und Hard gegenüber den beschriebenen Vorteilen weitaus überwiegen ersuchen wir die Verantwortlichen der Gemeinde Höchst, sich auch in Zukunft bei allen zuständigen Stellen vehement dafür einzusetzen, dass den Änderungsvorschlägen im Abschlussbericht der bilateralen Arbeitsgruppe vom 02. August 2021 zum Flugplatz St. Gallen – Altenrhein nicht zugestimmt und daher der bestehende Staatsvertrag und die zur Durchführung des Staatsvertrages geschlossene Verwaltungsvereinbarung nicht verhandelbar sind.“

Die intensiven Vorarbeiten zu diesem Tagesordnungspunkt – bei welchen uns Ruth Hutter als langjährige Kennerin dieser Prozesse sehr unterstützt hat – haben sich wirklich gelohnt. **Wir freuen uns sehr, dass auf unsere Initiative hin, die Höchster Gemeindevertretung den Beharrungsbeschluss einstimmig gefasst hat.**

Wahl Gemeindevorstand

Der Rücktritt von Bernhard Hirt als Gemeindevorstand machte es notwendig, dass die Gemeindevertretung auf Vorschlag der Höchster VP einen neuen Gemeinderat wählt. Mit 24 zu 3 Stimmen wurde Wayne Humpeler zum neuen Mitglied im Gemeindevorstand gewählt.

Wir bedauern sehr, dass Bernhard Hirt mit seiner sachlichen und kompetenten Art nicht mehr für den Vorstand zur Verfügung steht, und bedanken uns bei ihm für eine stets wertschätzende und der Sache dienlichen Zusammenarbeit.

Wayne gratulieren wir zur Wahl und wünschen ihm für die Zukunft als Gemeinderat alles Gute und viel Freude bei dieser wichtigen Aufgabe.

Zusammenarbeit in Bildungsangelegenheiten

Zu recht fortgeschrittener Zeit kamen wir zu einem sehr spannenden Tagesordnungspunkt. Alle Oppositionsparteien haben gemeinsam die Aufnahme dieses TOP beantragt, da wir gerade bei diesem Thema einen großen Bedarf sehen, dass alle Mandatäre und die Höchster Bevölkerung umfassend und mit denselben Inhalten informiert werden. Seit Beginn unserer politischen Tätigkeit bekommen wir es auf unterschiedlichen Ebenen mit: Im Zusammenhang mit Bildungsthemen oder der Zusammenarbeit mit privaten Bildungseinrichtungen gibt es Spannungen - es läuft nicht rund, ist mühsam für alle Beteiligten und kostet viel Energie.

Wir vermissen hier eine Haltung, der offenen und partnerschaftlichen Kommunikation, in der Bildungsvielfalt gelebt und unterstützt wird. Dies kann aber nur gelingen, wenn mit einer grundsätzlichen Einstellung des gemeinsamen Gelingens gearbeitet wird.

Es ist uns ein großes Anliegen, dass gerade im Bildungsbereich, die Arbeit mit den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen von einer offenen und ehrlichen Kommunikation und einer Verlässlichkeit getragen ist.

Es folgte ein rege Diskussion aller Parteien. Die Opposition kritisierte wiederholt die fehlende Transparenz und auch die Fehlende Übernahme der Verantwortung durch Heidi Schuster-Burda, als Obfrau des Bildungsausschusses und durch Herbert Sparr, als Bürgermeister. Vor allem auch was die Kündigung des Kinderhauses im KinderCampus durch die Betreiber betrifft. Hier fehlt es einfach bis heute an der Information, wie es zur Kündigung gekommen ist.

Vizebürgermeisterin Heidi Schuster-Burda sieht trotz all den Vorwürfen keinen Grund ihr Amt als Bildungsreferentin abzugeben. Es wird weiterhin keine Verantwortung übernommen und kein Fehler eingestanden.

Am Ende der Diskussion stellte die Opposition zwar nicht den Antrag zur Abstimmung, ob Heidi Schuster-Burda als Bildungsreferentin bleiben soll, appellierte aber sehr nachdrücklich, dass sich an der Kultur der Zusammenarbeit dringend etwas ändern muss. Die gewählten Mandatäre aller Parteien haben ein Recht auf Information, so dass sie ihr Amt mit bestem Wissen und Gewissen ausführen können.